

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.

Karl Reitter

KRITIK DER LINKEN KRITIK AM GRUNDEINKOMMEN

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung von



© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2021
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Laura Hörner
Satz: Kevin Mitrega
Umschlag: Martin Birkner
Druck: Primerate, Budapest

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Grundfragen des Grundeinkommens	10
2 Einiges zum Neoliberalismus	21
3 Neoliberalismus, Grundeinkommen und der Sozialstaat	36
4 Primärverteilung und/oder Sekundärverteilung	62
<i>Exkurs: Überlegungen aus der Marxschen Perspektive</i>	76
5 Die Dynamik der Erwerbsarbeitslosigkeit oder Mythos Arbeitszeitverkürzung	90
6 Lohnarbeit, soziale Identität und die »inneren Werte« der Lohnarbeit	118
7 Die feministische Perspektive	138
8 Auf Kosten anderer leben – die Nur-Grundeinkommens-EmpfängerInnen als neue ausbeutende Klasse?	154
9 Der ideologische Kern der Kritik am Grundeinkommen	183
10 Ausgewählte KritikerInnen des Grundeinkommens und ihre Argumente	189
11 Was die Orientierung auf das Grundeinkommen tatsächlich bedeutet und was, es abzulehnen	223
Nachbemerkung	232
Literatur	236
Anhang: Dimensionen der Finanzierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens	249

Einleitung

Warum dieses Buch? Regelmäßig erscheinen Bücher, Artikel und Blogbeiträge, die Argumente gegen die Idee des Grundeinkommens vorbringen. Die Antwort auf diese Kritik wird zur niemals endenden Aufgabe, die irgendwann ermüdet und die Gefahr des Verzettelns in sich birgt. Dies auch deshalb, weil sich die Kritikpunkte permanent wiederholen und überschneiden. 7 Unbeirrt werden seit Jahren, ja Jahrzehnten stets dieselben Einwände vorgebracht, entkräftende Argumente werden ignoriert und kaum zur Kenntnis genommen. Es erschien mir also sinnvoll, alle linken Einwände systematisch darzustellen und einer Gegenkritik zu unterziehen. Die Kritik am Grundeinkommen wird selbstverständlich trotz dieses Buches weitergehen. Aber ich möchte den KritikerInnen hiermit einen Vorschlag unterbreiten: Wenn sie ein Argument gegen das Grundeinkommen vorbringen möchten, das ich in diesem Buch nicht berücksichtigt habe, so lasst es mich bitte wissen. Ich bin gespannt und werde diese neuen Einwände, so es sie gibt, auf meiner Webseite (reiterk.wordpress.com) gerne dokumentieren und beantworten.

Das Grundeinkommen scheint keine Forderung wie viele andere zu sein. Dass über politische Orientierungen kritische Debatten zu führen sind, liegt in der Natur der Sache. Aber die Vehemenz der Kritik ist doch erstaunlich. Das Grundeinkommen wird nicht bloß kritisiert, es wird als gefährlicher Irrweg gebrandmarkt und von manchen als Trojanisches Pferd des Neoliberalismus denunziert. Selbst das Zugeständnis, das Grundeinkommen könnte doch – unter anderem – eine sinn-

volle, zumindest ernsthaft zu diskutierende Orientierung darstellen, findet sich bei unseren KritikerInnen kaum. Die Forderung nach einer kostenlosen sozialen Infrastruktur, die Anliegen der Degrowth-Bewegung, die Bekämpfung der Armut, der Widerstand gegen Kürzungen im Sozialbereich – all diese Anliegen lassen sich sehr gut mit der Perspektive auf das Grundeinkommen verbinden und kombinieren. Warum also diese Vehemenz der Kritik? Warum diese Unduldsamkeit? Weshalb das Grundeinkommen nicht als eine gleichberechtigte Forderung unter vielen anderen diskutieren? Aus welchen Gründen polarisiert diese Forderung so sehr?

8

Die Antwort: Es kann nicht an den Argumenten selbst liegen. Es muss auch an der gesellschaftlichen und ideologischen Positionierung der KritikerInnen liegen. Fast alle unsere KritikerInnen können folgenden drei Bereichen zugeordnet werden: Erstens sind es FunktionärInnen von Parteien, Gewerkschaften und Interessenvertretungen. Zweitens sind es Personen, die auf Grund ihrer akademischen Anbindung im weiten Feld der Politikberatung tätig sind. Drittens, und das ist die kleinste Gruppe, sind es Personen aus dem marxistisch-leninistischen oder trotzkistischen Milieu, deren Ideologie das Grundeinkommen nicht vorsieht. Wie Heinz Steinert sehr präzise ausführte, reklamieren Auffassungen auch immer Kompetenzen und Ansprüche des Sprechers und der Sprecherin. Und das gilt insbesondere dann, wenn Theorien mit gesellschaftlichen und ökonomischen Positionen, ja Jobs verbunden sind. Was ich als Problem definiere und was nicht, welche Lösungen ich vorschlage und welche ich verwerfe, bestimmt meinen Anspruch Gesellschaft zu gestalten. »Das Nicht-Sehen wichtiger Aspekte liegt keineswegs nur an der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, sondern auch an der spezifischen Optik der gesellschaftlichen Sphäre,

in der man sich gerade bewegt.« (Henning 2017; 27) Ich vermute, die Opposition gegen das Grundeinkommen hängt mit der Befürchtung zusammen, das Grundeinkommen könnte, sowohl als gegenwärtige Orientierung als auch als realisierte Institution, die eigene gesellschaftliche Bedeutung minimieren. Zu Recht oder zu Unrecht – das wäre zu diskutieren.

Trotzdem wäre es eine unzureichende Abkürzung, viele Argumente unserer KritikerInnen auf ihr Eigeninteresse in der Verwaltung, der Politikberatung oder der Ausübung von politischer Macht (oder dem Streben danach) zurückzuführen. Die Aufgabe ist und bleibt es, ihre Argumente zu analysieren und zu diskutieren. Dieser Aufgabe stellt sich dieses Buch. 9

I

Grundfragen des Grundeinkommens

Die Herausgeber eines Sammelbandes mit klassischen Texten zum Grundeinkommen Philip Kovce und Birger Priddat bezeichnen das Grundeinkommen als »einen Vorschlag von geradezu provozierender Schlichtheit«. (Kovce, Priddat 2019; 11)

10 Wie keine andere politische Zielvorstellung kann das Grundeinkommen mit wenigen Worten umfassend definiert werden. Das österreichische *Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt* bestimmte es auf seiner Webseite folgendermaßen: »Ein Grundeinkommen ist: allgemein: alle BürgerInnen, alle BewohnerInnen des betreffenden Landes müssen tatsächlich in den Genuss dieser Leistung kommen; existenzsichernd: die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes, aber dem Standard der Gesellschaft entsprechendes Leben, die Teilhabe an allem, was in dieser Gesellschaft zu einem normalen Leben gehört, ermöglichen; personenbezogen: jede Frau, jeder Mann, jedes Kind hat ein Recht auf Grundeinkommen. Nur so können Kontrollen im persönlichen Bereich vermieden werden und die Freiheit persönlicher Entscheidungen gewahrt bleiben; bedingungslos soll das von uns geforderte Grundeinkommen deshalb sein, weil wir in einem Grundeinkommen ein BürgerInnenrecht sehen, das nicht von Bedingungen (Arbeitszwang Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit geschlechter-rollenkonformes Verhalten etc.) abhängig gemacht werden kann.« (www.grundeinkommen.at)

Diese vier in der Erklärung genannten Punkte sind aus der Sicht der BefürworterInnen allgemeiner Konsens. Fehlt eine dieser vier Bestimmungen, existenzsichernd, personenbezogen, allgemein und bedingungslos, dann handelt es sich eben um kein wirkliches Grundeinkommen. Wie jeder politische Begriff, denken wir zum Beispiel an Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung usw., wird auch dieser Ausdruck von GegnerInnen gekapert und – sei es bewusst oder unbewusst – missbräuchlich verwendet. So ist etwa das solidarische Grundeinkommen Berlins nichts anderes als ein staatlich finanzierter zweiter Arbeitsmarkt für Hartz IV-EmpfängerInnen. Mit dem Grundeinkommen hat dieses Konzept nur den Namen gemeinsam. Beim Grundeinkommen geht es weder primär um Armutsvermeidung noch um die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes oder um eine weitere, ausgeklügelte Sozialmaßnahme. Um nochmals Kovce und Priddat zu zitieren: »Das Provozierende eines bedingungslosen Grundeinkommens ist nicht das Grundeinkommen, sondern seine Bedingungslosigkeit. ... Wäre das Grundeinkommen nicht bedingungslos, so wäre es nichts anderes als eine anspruch- und bedarfsgeprüfte Grundsicherung, die konstitutiv für jeden Sozialstaat ist und überall dort, wo es einen solchen gibt, in dieser oder jener Form existiert.« (Kovce, Priddat 2019; 23) Wir verstehen die Bedeutung des Grundeinkommens durch die Beantwortung folgender Fragen:

Erstens: Wollen wir eine Gesellschaft, die jedem Individuum, egal was es tut oder lässt, lebenslang die materielle Grundversorgung garantiert? Soll sich die Gesellschaft auf dieses Grundrecht verpflichten?

Zweitens: Kann die Gesellschaft diese materielle Grundversorgung jedem Individuum garantieren, sind die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen dafür gegeben?

An diesen Fragen scheiden sich die Geister. Ich stelle sie deshalb zu Beginn dieses Buches, weil viele KritikerInnen dem ersten Fragenkomplex in der Regel eher ausweichen und auf die Thematik fokussieren, ein Grundeinkommen sei nicht zu finanzieren und/oder hätte problematische Folgen, so es realisiert würde. Logisch sind die zwei Fragenkomplexe zu trennen. Wir können sie für sich diskutieren.

Das Grundeinkommen soll ein Ziel sein

- 12 Zu sagen, wir wollen nicht, dass die Gesellschaft allen Menschen lebenslang die materielle Grundexistenz garantiert, nimmt die Gesellschaft aus der Pflicht, das zu tun. Die Sicherung der materiellen Existenz wird dem Individuum, der Familie oder einer anderen sozialen Einheit aufgebürdet. Aus der Sicht vieler KritikerInnen soll sich die Gesellschaft nur dann um die materielle Existenz sorgen, wenn das Individuum nicht in der Lage ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Es soll zudem genau überprüft werden, ob eine Notlage denn tatsächlich vorliegt. Das »egal was das Individuum tut oder lässt« könne nicht gelten. Diese Sichtweise suspendiert das Grundeinkommen als Grundrecht. Franz Segbers hat trefflich die Konsequenz der Koppelung bez. die Entkopplung von Rechten an Pflichten analysiert. »Zum Grundrecht, ein Recht zu haben, wird niemand erst durch Pflichten berechtigt. Es gibt Rechte und es gibt Pflichten. Bürgerinnen und Bürger haben beide, und beide stehen doch für sich.« (Segbers 2013; 18) Ich muss nichts tun, um das Recht zu haben, nicht gefoltert zu werden. Das Recht auf Meinungsfreiheit muss ich mir nicht verdienen. Sobald die Grundrechte an Pflichten und Leistungen gekoppelt werden, sind sie keine Grundrechte mehr und können, wie die Realität zeigt, leicht verweigert werden. Natürlich kann es Rechte ge-

ben, die sinnvollerweise an Pflichten oder Leistungen gebunden sind. Das Recht, ein Auto zu fahren, ist an die Pflicht gebunden, eine Führerscheinprüfung zu absolvieren. Wer als Chirurgin tätig sein will, muss ein Medizinstudium erfolgreich absolviert haben. Aber beim Grundeinkommen geht es um das elementare Recht auf materielle Existenz, nicht mehr und nicht weniger. Wir bleiben hartnäckig und fragen nochmals: Wollen wir ein Grundrecht auf materielle Existenz ohne Pflichten und Gegenleistungen oder nicht? Ob wir dieses Recht auch realisieren können, steht erst einmal auf einem anderen Blatt, wir kommen ausführlich darauf zurück.

13

Wer gegen das Grundeinkommen ist, ist für Arbeitszwang

Bleiben wir erst einmal beim Wollen. Ob es unsere linken KritikerInnen wahrhaben wollen oder nicht, wenn ich dieses Grundrecht verneine, trete ich für gesellschaftlich durchgesetzten Arbeits- und Leistungszwang ein. In unserer kapitalistischen Gesellschaft erwächst der Zwang zur Lohn- und Erwerbsarbeit naturwüchsig aus den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst, es sei denn, ich bin MillionenerbIn oder BesitzerIn von Kapital, welches mir ein arbeitsloses Einkommen verschafft. Allerdings, so zwanglos ist der Zwang zur Lohnarbeit auch wieder nicht. Heide Gerstenberger hat in ihrer umfangreichen Studie *Markt und Gewalt* anhand von akribisch recherchiertem Material nachgewiesen, dass Menschen durchaus auch heute mit Zwangsmitteln in die Lohnarbeit gepresst werden. Die Funktion der verschiedenen Sozialstaatsbürokratien in unseren Breiten besteht unter anderem darin, durch Schikanen und Sanktionen Menschen zur Aufnahme ganz bestimmter, auch ungewollter Jobs zu zwingen. Zudem wirkt die ideologische Verdächtigung gegenüber Erwerbsarbeitslosen, sie seien arbeitsscheu und wür-

den sich auf Kosten der Arbeitenden ein gutes Leben machen. Zum zwanglosen Zwang der Verhältnisse gesellt sich ein Bündel von Maßnahmen, die den Zwang zur Erwerbsarbeit auch ganz konkret durchsetzen – die KapitaleignerInnen sind davon freilich ausgeschlossen.

14 Das Grundeinkommen hat das große gesellschaftspolitische Ziel, diesen Zwang für alle zu beseitigen und an seine Stelle das Recht auf materielle Grundexistenz zu setzen. Wenn wir klar sagen, wir wollen eine Gesellschaft die allen, egal was sie tun oder lassen, die materielle Existenz garantiert, haben wir den ersten Schritt getan, um diesem indirekten und teilweise direkten Zwang zur Lohnarbeit entgegenzutreten. Linke KritikerInnen kritisieren in der Regel an Hartz IV oder den Gebahrungen des AMS überzogenes repressives Vorgehen und die Inkaufnahme besonderer Härtefälle, eine grundlegende Opposition gegen die Kalküle der Sozialstaatsbürokratien ist ihnen aber strukturell kaum möglich und wird auch nicht praktiziert. Wenn wir das Prinzip, die Gesellschaft soll bedingungslos für die materielle Grundexistenz aller Sorge tragen, bejahen, wird auch klar, warum wirklich alle das Grundeinkommen erhalten müssen. Von einem bedingungslosen Grundrecht darf niemand ausgeschlossen werden. Wer also fragt: »Warum soll die Gesellschaft einem Millionär oder auch nur einem gut verdienenden Beschäftigten ein bedingungsloses Grundeinkommen zahlen?«, (Bontrup 2018; 114) will dieses Konzept nicht verstehen. Daniel Kreutz etwa meint: »Die wichtigsten von einem Grundeinkommen erwarteten sozialpolitischen Wirkungen ließen sich bereits mit zwei grundlegenden Veränderungen bei Hartz IV erreichen: mit der Anhebung der Regelleistungen auf ein bedarfsdeckendes Niveau und der Abschaffung leistungskürzender Sanktionen.« (Kreutz 2018; 163) Ebenso schreibt das

Pressebüro der SPÖ auf eine Anfrage bezüglich ihrer Haltung zum Grundeinkommen als eine Begründung für ihre Ablehnung: »Ein Großteil des Geldes, das für das Grundeinkommen ausgeschüttet würde, käme auch Menschen zugute, die es gar nicht brauchen.« (SPÖ 2020) Da paart sich Unverständnis mit Unwillen, sich auf die Logik des Grundeinkommens einzulassen. Da es sich um ein ganz allgemeines Prinzip handelt, ist es auch nicht an die kapitalistische Produktionsweise gebunden. Gerade in einer freien, nachkapitalistischen Gesellschaft, mögen wir sie Sozialismus oder Kommunismus nennen, muss dieses Prinzip verwirklicht sein. In der Tradition des Leninismus war die Dimension bedingungsloser ökonomischer Grundversicherung nicht vorgesehen. »Das Prinzip der Arbeitspflicht ist für den Kommunisten vollkommen unstrittig: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« (Trotzki 1920; 62) Die Thematik des Zwangs zur Arbeit übergreift spezifische ökonomische Formen, übergreift die kapitalistische Gesellschaft und ihre möglichen Alternativen. Wir werden in diesem Buch immer wieder Einwände diskutieren, warum denn ein solcher Zwang zur Erwerbsarbeit angeblich notwendig und gerechtfertigt sei. Jetzt wollen wir nur festhalten, dass die KritikerInnen des Grundeinkommens direkt oder indirekt, ausgesprochen oder latent für Arbeitszwang eintreten, sei es in der Form des tendenziell zwanglosen Zwangs der Verhältnisse, sei es als politisch-staatlich organisierter Zwang, sei es in Form von Mischvarianten. Herausgestellt wird von ihnen die »schöne« Seite der Erwerbsarbeit. Die weniger schöne Kehrseite, der unabdingbare Zwang für alle arbeitsfähigen Menschen, wird oftmals schamhaft verschwiegen.